Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 13 (1933-1934)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lichkeiten erschöpft zu haben — eine Reduktion des Personals von $12\frac{1}{2}$ % und eine ganz bedeutende Erhöhung der Leistungsfähigkeit.

Es ist nun bezeichnend, daß Nationalrat Bally, der kein Eisenbahnsachmann, wohl aber ein scharf und weitblickender Wirtschaftssührer war, schon 1908 auf alle diese Mißstände und die Unwirtschaftlichkeit des S.B. B.-Betriebes mit beredten Worten ausmerksam gemacht hatte, ohne jedoch Gehör zu sinden. Erst als sich die Folgen der unrationellen Ordnung in Form von großen Defiziten geltend machten, wurde zur Reorganisation geschritten. Trozdem diese große Verbesserungen brachte, zeigt sich heute, daß sie unzulänglich und ungenügend war, sonst wäre es nicht möglich, daß keine 10 Jahre später in derselben Unternehmung ein jährliches, plößeliches, katastrophales Defizit von 50 Millionen auftaucht und sich eine Schuldenlast von nahezu einer Milliarde Franken einstellt, für die niesmand verantwortlich gemacht werden kann.

Aus den Beispielen erkennt man, daß die großen Unternehmungen unseres Landes, seien es die Verkehrsanstalten, die Banken*), die Energies wirtschaft oder andere, nicht irgend einer Teilrevision, sondern grundsätzlicher Reorganisationen bedürfen, wenn unsere Wirtschaft wirklich gesunden und zur vollen Leistungsfähigkeit gebracht werden soll. Der Weg führt nicht zu neuen Vorschriften und Reglementen, hinter denen man Deckung suchen kann, oder zur Übersteigerung der verschiedenen schon bestehenden Scheinkontrollen, sondern zu einem neuen klaren, organisatorischen Ausbau der Unternehmungen und zur Verwirklichung des Führungsgedankens durch schöpferische verantwortungsbewußte Persönlichkeiten in Wirtschaft und Staat.

*) Der Zusammenbruch und die Sanierung zweier von acht unserer Großbanken, der Genfer Diskontbank und der Schweizerischen Bolksbank, die Tausende von Bolksgenossen unverschuldet um die Hälste ihres Ersparten bringt, hätte sich an und für sich vermeiden lassen. Die Vorkommnisse sind schlagende Beweise für die unzweckmäßige und völlig ungenügende Durchbildung sowohl unserer volkswirtschaftlichen Ordnung, wie der innerbetrieblichen Organisation unserer Banken und Finanzwirtschaft.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. — Rückzug von Genf? — Innerpolitische Auswirkungen. — Katholische Sührung?

Der Herbst brachte auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik bedeutsame Ereignisse und überraschungen. Es sei hier nur an die wichtigsten erinnert, an Deutschlands Rückzug von der Abrüstungskonserenz und seinen gleichzeitigen Austritt aus dem Bölkerbund, an die nach langwierigen Unterhandlungen nun doch noch zustandegekommene schweizerisch-beutsche Berständigung über die Regelung des

Bahlungsverkehrs (Transfermoratorium), an die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der eidgenössischen Staatsrechnung (Finanzprogramm), an die überraschende Zustimmung der sozialbemokratischen Nationalratsfraktion zu einem Militärausrüftungsfredit im Betrage von 20 Millionen Franken, an die fortschreitende Beschränkung ber Sandels- und Gemerbefreiheit durch das eidgenössische Berbot zur Neuerrichtung von Warenhäusern und die Vorlage eines Gesehesent= wurfs zur Ginführung ber forporativen Organisation ber Wirtschaft im Ranton Freiburg und endlich an die blutige Wahlschlacht vom 23. September 1933 in Bürich und den nachherigen Einzug von 10 Frontisten ins Stadtparlament. Alle Diese Fragen stunden vor 6 Monaten noch taum zur Distussion. Es erhellt baraus, daß die politische Entwicklung auch in unserem Lande unter bem breifachen Druck ber wirtschaftlichen Rrife, der außenpolitischen Borgange und der nationalen Erneuerungsbewegung im Inland ein bisher ungewohntes Tempo eingeschlagen hat. Auffällig ist allein die Belassen heit, mit der diese Ereignisse meift aufgenommen wurden. Sie ist indessen für die gegenwärtige politische und geistige Situation unferes Bolfes bezeichnend, die dem Dammerzuftande bor dem Erwach en gleicht. Jahrzehnte des Wohlstandes hatten den politischen Willen eingeschläfert. Man hielt es überall mit dem Spieger, der nur nach Ruhe und Behaglichkeit verlangt. Wohl konnte man die gewaltigen innen= und außenpoliti= schen Spannungen in Europa und ihre Gefahren nicht leugnen, boch muhte man sich besonders in der großen Presse darum, der Wahrheit aus dem Bege zu gehen und vertröstete sich mit Hoffnungen, indem man vergeblich auf die Bunder wartete, die der Bölkerbund und zahlreiche internationale Konferenzen, zulett die Abrüftungskonfereng zur Befriedigung der Welt bringen follten. Doch die Bunder blieben aus, und jett, da politische Umwälzungen die Nachbarschaft erschüttern und eine Weltwirtschaftstrife von ungeheurem Ausmaße auch über unser Land her= einbricht, ist man peinlich überrascht. Herr Bundesrat Meier hat in einer Rede in Rufchlikon am 9. November diefer Stimmung Ausbruck gegeben, indem er bavon iprach, daß wir "ohne Berschulden in die Strömungen der Beltfrife hineingeriffen worben feien". Wir konnen biefe Ausrebe nicht gelten laffen. Bur Ungeit gu schlafen ift Schuld vor der Geschichte. Der Berr hieß seine Junger machen! Die Lehre von Gethsemane gilt auch für Bolfer und Bundegrate.

Wir würden jedoch der Gegenwart nicht gerecht, wollten wir nur das Bild der Ruhebedürftigen festhalten. Die Zeit der Beschaulichkeit hat schon allzulange gedauert. Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie sieht die Wandlungen der Welt rings um unser Land. Sie sühlt, daß unser Volk dem europäischen Schicksal nicht entgehen wird und kann die scheindare Ruhe und Tatenlosigkeit unserer Innenpolitik kaum mehr ertragen. Bereitschaft zur Tat und Erneuerung ist in weitesten Kreisen vorhanden. Noch sind die Kräfte der Beharrenden stärker. Über auch zu ihnen dringt das Bewußtsein, daß die gegenwärtige Ordnung sehlers und mangelhaft geworden sei. Sie sinden die Kraft zur durchgreisenden Neugestaltung nicht mehr. Jenen aber, die Mut und Kraft dazu hätten, sehlt heute noch die politische Macht. So begnügt man sich denn überall in der eidgenössischen Politik mit "Notstandsmaßnahmen", ohne daß das Wesentliche geschähe.

Diese Halbheit und Unentschlossenheit wird besonders deutlich in den Auswirkungen, die der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und sein Austritt aus dem Bölkerbunde in unserem Lande ausgelöst hat. Die Entscheidung Deutschlands kam überraschend. Sie hätte uns aber nicht überraschen dürsen. Ein jeder, der die Entwicklung der beutschen Politik versolgte, mußte sich eingestehen, daß die Lösung der deutschen Außenpolitik von Genf eigentlich schon längst fällig war. Die deutsche nationale Revolution von 1933 ist ganz nach Innen gerichtet. Sie gilt vor allem dem deutsichen Menschen und der deutschen Einheit. Sie bedeutet für Deutschland den innern Ausgleich für den verlorenen Krieg und wendet sich gegen alles, was daran erinnert, vor allem gegen Bersailles und Genf. Um dieses Ausgleiches Willen erträgt sie keinen Zwiespalt zwischen innerer und äußerer Haltung. Ob der Austritt Deutschs lands aus dem Bölkerbunde seiner Außenpolitik Bors oder Nachteile bringe, spielt zur Zeit nicht die entscheidende Rolle. Etwas anderes ist sür Deutschland heute wesentlicher: Es hat durch seinen Austritt aus dem Bölkerbund die Einheit seiner innern und äußern Politik wieder gewonnen. Die deutsche Stellungsnahme unterscheidet sich in diesem Punkte grundsätslich etwa von der Haltung Mussolinis, der dem Bölkerbunde sicherlich äußerst kritisch gegenübersteht, der für ihn aber nur ein politisches Mittel neben andern ist, dessen er sich zu gegebener Zeit bedient, dem er aber weder slucht noch opfert.

Der Schweiz erwächst durch den Austritt Deutschlands aus dem Bölkerbunde die Pflicht, sich auf ihre internastionale Stellung und ihre Aufgabe zu besinnen. Leider ist gerade in dieser Hinsicht wenig oder gar nichts geschehen. Gerade dort, wo man heute die Schweiz zu führen wähnt, hat man sich mit billigen Sprüchen getröstet. Bezeichnend war in dieser Hinsicht ein Leitartikel der Neuen Zürcher Zeitung, indem u. a. die am Abend zuvor von einem Pariserblatt ausgesprochene Meinung wiedersholt wurde, daß der Bölkerbund jetzt vielleicht, d. h. nach dem Austritt Deutschslands, erst fruchtbare Arbeit leisten werde. Bom französischen Standpunkte ausgesehen, ist eine solche Außerung sehr wohl verständlich. Man besindet sich jetzt in Genf zur Hauptsache wieder im Preise der alten Siegermächte und wird beim gemeinsamen Tee nicht mehr durch deutsche Faustschläge gestört. Bedenklich aber scheint uns, daß eine "sührende" schweizerische Zeitung solche Dinge einsach nachsplappert, denn sür die Schweiz stellt sich das Problem doch wesentlich anders.

Als das Schweizervolk sich zum Beitritt in den Bölkerbund entschloß, spielte ber Gebanke eine wichtige Rolle, daß die Genfer Institution bereinst umfassend und wirklich universell sein werbe und feinerlei Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten anerkenne. Man hoffte zum minbsten auf die nachträgliche Mitgliedschaft ber U. S. A. und registrierte mahrend vielen Jahren freudig jeden amerikanischen Beobachter, der nach Genf tam, als Borbote des tommenden Beitrittes. Aus ben gleichen Gründen bemühte man fich auch eifrig, Deutschland für den Bund zu gewinnen, bei bessen Eintritt Berr Bundegrat Motta fich bekanntlich als Geburtshelfer besondere Verdienste erwarb. Das also zangengeborene Kind erwies sich nun aber eben doch nicht als lebensfähig. Wir wären jett wieder soweit wie vor 14 Sahren, jedoch mit einem Unterschied: wir sind heute um eine große Hoffnung ärmer und um bie Gewißheit reicher, daß ber gegenwärtige Bolterbund an feinem Geburtsfehler, nämlich an ber Berquidung mit bem Berfaillerfrieden, ewig leiben und aus diesem Grunde auch der schweizerischen Forderung nach Universalität nie genügen wird.

Angesichts dieser Feststellung wird für die Schweiz die Frage ihres weitern Berbleibens im Bölkerbunde dringlich. In dem Augenblicke, da das Ungenügen der Genser Institution und ihr Hauptzweck, als Mittel zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes, oder noch deutlicher, zur Sicherung des Bersailler Friedens, so unverhüllt hervortritt, wie dies heute der Fall ist, darf die Schweiz sich in Genfnicht mehr beteiligen, wenn sie sich selbst nicht untreuwerden will. Dieser Forderung, die sich selbst nicht untreuwerden Neutralitätspolitik mit zwingender Logik ergibt, wird von den Bölkerbundsfreunden immer wieder die Behauptung entgegengehalten, die Schweiz habe in Genf eine Mission und ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Wir können diesen Standpunkt nicht gelten lassen. Gewiß gibt es eine europäische Ausgabe der Schweiz,

und wir glauben baran, ba boch zum mindesten ber europäische Kontinent als ein organisches Ganges angesprochen werben muß, in bem auch unserem Bolte feine gliedhafte Aufgabe zukommt. Noch mehr: wir glauben auch, daß in dem foderaliftischen Aufbau unseres Staatsmesens und bem Nebeneinander verschiedener Rulturfreise innerhalb einer Nation Berte liegen, die die Schweig nicht nur um ihrer felbst willen zu bewahren hat. Aber gerade diese Berte tommen im gegenwärtigen Bolferbunde nicht jum Ausdruck, und es ist ein frommer Bunich, boch feine Wirklichkeit, wenn viele Schweizer glauben, daß die Schweiz in Benf je Europa als Borbild gedient habe oder werde dienen können. Beltpolitik ist Machtpolitif. Das gilt auch für den Bölferbund. über unsere Ohnmacht innerhalb der Genfer Institution sollte man sich doch allmählich klar geworden sein! Solange in Europa und speziell innerhalb bes Bölkerbundes le= diglich um die Vormacht und nicht um eine europäische Ordnung gekämpft wird, ist für die Schweiz mit ihren beschränkten Machtmitteln in der Genfer Institution kein und muß die überlieferte Neutralitätspolitik unsere einzige Richtlinie sein. Jebe Abweichung bavon und jegliche Beteiligung an einer europäischen Machtfoalition, wie fie ber Bolferbund nun noch in viel ausgesprochenerem Mage werben wird, gefährdet unsere Erifteng. Soviel aber find uns wohl die Interessen der Genfer Fremdenindustrie, die allein für eine weitere Beteiligung sprechen, nicht wert.

Wir wollen damit keineswegs einer politischen Jsolierung das Wort reden. Internationale Verbindungen und Organisationen sind nötig, genau so wie Börsen und Märkte für den internationalen Handel nötig sind. Man mache daher aus der Genser Institution das, was sie im besten Falle sein kann, einen internationalen Markt und Trefspunkt der Politik, wo ein jeder unabhängig seine Interessen vertreten, markten und schachern kann, wie dies ja heute schon geschieht. Man gebe aber dieser Institution nicht die unaufrichtige und verpflichtende Form des Völkerbundes. Wir wollen unsere Sache selbständig und unabhängig sühren und nicht als Glied irgendwelcher Mächtegruppe.

Die notwendige überprüfung und öffentliche Aussprache über die außenpolitische Stellung unseres Landes ift leider bis heute nicht erfolgt. Die wesentlichste und dringlichste Entscheidung ift aus ben bereits eingangs ermähnten Grünben unterblieben. Dagegen hat der Austritt Deutschlands aus dem Bolferbunde immerhin verschiedene eidgenöffische Politiker aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt und fie veranlagt, angefichts ber ichweren europäischen Spannungen wenigstens ihre jaumselige und längst unverständliche Haltung in allen Fragen der Lanbesverteidigung aufzugeben. Im Bundeshause hat man endlich den Mut gefunden, vom Bolte die längft notwendigen Opfer für eine verbefferte Ausruftung unserer Armee zu fordern, um die man sich seit einem Jahrzehnt unter dem stetigen Hinweis auf Bölkerbund und Abrüstungsbestrebungen gedrückt hatte. Bekanntlich waren die Materialreserven in mancher Hinsicht erschöpft, ja es fehlte sogar an den vorgeschriebenen Hosenreserven! In der Herbstsession bewilligten daher die eidgenössischen Rate unter dem Titel "Rrisenmagnahmen" einen Rredit von 20 Millionen Franken für Materialbeschaffungen, der vor allem auch der bedrängten schweizerischen Industrie zugute kommen wird. Seither hat der Bundesrat bereits ein weiteres Kreditbegehren vorgelegt und fordert 82 Millionen Franken für die Beschaffung schwerer Infanteriemaffen (Minenwerfer u. Infanteriekanonen), die Bermehrung der Maschinengewehre und Flugzeuge sowie die Reubewaffnung ber Gebirgs- und Motorartillerie. Zu allen diesen Magnahmen wäre es vermutlich noch lange nicht gefommen, hatte nicht Deutschlands Beggang aus dem Bolferbund den internationalen Nebel jah gespalten, der viele eidgenössische Gehirne gefangen hielt. (Dieje Rebelspalter-Tätigkeit ist heute umso dringlicher, als die

gleichnamige, einst jo vorzügliche satirische Zeitschrift mit Bezug auf Deutschland und die nationale Bewegung in ber Schweiz auf die Stufe der übelften politischen Bet = und Berleumungsblätter heruntergefunken ift.) Es gab groteske Aberra= schungen! In dieses Rapitel gehört die Bekehrung des freifinnigen Parteichefs in Bafel, B. E. Scherer, der noch vor furzem den Antrag gestellt hatte, zwei schweizerische Divisionen abzuschaffen, und sodann, die Aufgabe bes üblichen Wiberstandes ber Sozialbemokratie gegen Militär= fredite. In der Herbstfession des Nationalrates geschah das Wunder, daß der erwähnte 20 Millionen-Aredit zur Aufnung der Materialreserven von den Sozialdemokraten unterstütt murbe. Durch Indiskretionen wurde auch bekannt, daß gemisse Stellen ber sozialbemofratischen Partei ein Bekenntnis zur Landesverteibi= gung in Erwägung zogen. Die Angst vor bem Sitlerregiment in Deutschland und ber nationalen Erneuerungsbewegung in ber Schweiz ist ben Margisten offenbar bos in die Anochen gefahren. Die Sozialdemokratie mag sich indessen entscheiden wie sie will; es wird ihr doch das eine wie das andere wenig nüten. Allein schon ber Umstand, daß die Frage ber Landesverteidigung in dieser Partei überhaupt aufgeworfen wird, deutet auf die Unhaltbarkeit ihrer Lage und ihr dereinstiges Ende. Lehnt die sozialbemotratische Partei die Landesverteidigung weiterhin ab, jo wird fie am Widerspruch ihrer Politit zu ben Notwendigkeiten ber Zeit zu Grunde gehen. Andert sie aber ihren Kurs und entschließt sie sich auch nur zu einem Lippenbekenntnis zur Landesverteidigung — woran wir vorerst noch nicht glauben —, bann wird eine schwere Parteifrise und Spaltung unvermeiblich, und ber Wiberspruch einer solchen Sandlung zur ganzen Bergangenheit diefer Partei mußte fie berberben.

* *

In der Frage der Landesverteidigung haben die außenpolitischen Greignisse Bunder bewirkt. Außerer Druck und finanzielle Nöte wirken aber auch auf andern Gebieten als politische Lehrmeister. Angesichts der stetigen Verschlechterung der Finanglage haben sich Bundesrat und Parlament endlich zur entscheibenden Tat aufgerafft: bas eidgenöffische Finanzprogramm, bas von uns feit Monaten geforbert wurde, ift endlich Birklichkeit geworden. Aber bas Projekt und die damit gusammenhängenden grundsätlichen Fragen ist bereits im Juni-Heft durch den Schreibenden und im September-Heft durch Ernst Wolfer eingehend berichtet worden. Die endgültige Fassung der Borlage enthält keine wesentlichen Anderungen, und es ist baber auf diese bier nicht mehr einzutreten. Bemertenswert am Berbegang bes Finanzprogrammes scheint uns noch eins: Parlament und Parteien hätten wohl nicht so leicht in ben sauren Apfel gebissen sich ihrer wesentlichsten Rechte begeben, wenn sie nicht von zwei Seiten ber unter erheblichem Drud geftanben hätten: materiell unter bem Druck bes stets steigenben Defizites, moralisch unter bem Druck ber heftigen Rritit feitens ber neuerwachten nationalen Bewegung, bie besonders für die Ausmüchse des modernen Parlamentarismus nichts übrig hat. Aus diesen Erwägungen entschloß man sich in Bern wohl auch zu der raschen Berbeugung vor dem von der Arise schwer bedrohten und jeglichen Unterstützung baren faufmännischen Mittelftande, zu beffen Schut die Errichtung neuer Warenhäuser auf zwei Jahre hinaus untersagt wurde.

* *

Weitsichtiger als Parlament und Regierung, die sich durch den Erlaß von Notstandsbestimmungen wenigstens den Anschein zu geben mühen, als ob sie wirklich etwas vom Hauch der neuen Zeit verspürten, handelt zur Zeit der politische Ratholizismus, der sich um die politische Führung bes

müht. Als vor zwei Jahren in diesen Heften und in der "Schweizerischen Rundsschau" aus den Kreisen der Fornt und der geistig regsamen jüngern Katholikenscheneration die ersten Aufsähe über korporative Ordnung erschienen, hielt man dies ganz allgemein als eine höchst akademische, wenn nicht utopische Angelegenheit. Als bald darauf die Idee an Boden gewann, wurde die liberale und marristische Presse nicht müde, zu erklären, daß solche Experimente jeglicher schweizerischen Aberslieferung widersprächen und auf den geschlossenen Widerstand der ganzen Bevölskerung stoßen würden. Gelegentlich rief man gar die Welschen gegen diese "sasschischen und nationalsozialistischen Ideen" zur Hilfe. Und nun erleben wir es, daß außgerechnet die Regierung des konservativen Kantons Freiburg einen Gesehessentwurf über die Einführung der korporativen Organisation der Wirtschaft in ihrem Kantonsgebiet präsentiert, der von einem welschen Miteidgenossen, Staatsrat Piller, versaßt wurde.

Der Entwurf stellt ein Rahmengesetz bar. Für ben Aufbau der korporativen Ordnung bietet er eine taugliche Grundlage. Die Wahrung der Interessen der verschiedenen Berufsstände obliegt nach diesem Entwurf den Korporationen. Die Initiative gur Bilbung folder Berbande fteht ben Beteiligten, subsidiar auch bem Staatsrate gu. Die Rorporationen muffen indeffen bestimmten Minimalvorschriften genügen und bedürfen ber Genehmigung burch ben Staatsrat, ber auch ihre Stanuten und Reglemente überprüft und die einzelnen Berufsarten bezeichnet, für die Korporationen gebildet werden bürfen. Der Staat wahrt sich nach diesem Entwurf nicht nur die oberfte Kontrolle und Führung, sondern auferlegt ben Korporationen die ausdrückliche Pflicht, "die Zusammenarbeit der Rlassen im Sinblick auf ben sozialen Frieden und das Gemeinwohl zu sichern". Für Interessenvertreter alten Schlages ist da fein Blat! Die Beschluffe der Korporationen, die die Stimmenmehrheit aller Berufsgruppen innerhalb der Korporation auf sich vereinigen und die vom Staatsrat im Sinblid auf die Rudwirkungen auf andere Berufsstände überprüft und genehmigt worden find, werden den Beschlüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften gleichgestellt, d. h. sie erlangen Gesetzeskraft. Die finanziellen Berbindlichfeiten diefer Berbande, wie Beitrage und Bugen, genießen ben besonbern Bollstreckungsschutz rechtsträftiger Urteile (Art. 80 Sch. R. G.). Soweit der Entwurf. Ber auf bem Boden ber korporativen Ordnung steht und ber Aberzeugung ift, daß die überwindung des Rlaffenkampfes heute als wesentlichste Aufgabe allen freihandlerischen Bedenken vorangehen muß, wird ihn freudig begrußen. Underseits wird ber Widerstand im liberalen Lager nicht ausbleiben und zunächst mit bem hinweis auf Art. 31 der Bundesverfassung, d. h. auf die Berfassungswidrigfeit der Borlage, leicht zu begründen sein. Freihandel und forporative Ordnung find nun einmal Gegenfäte.

Politisch bedeutsamer als die Frage, ob der freiburgische Entwurf Geset wird, ist wohl der Umstand, daß der politische Katholizismus, wie dies schon angedeutet wurde, damit die geistige Führung wieder zu gewinnen sucht. Diese katholische Führung ist ein unmittelbarer Aussluß des konservativen Charakters der nationasten Bewegungen. Man hat in Deutschland wohl mit Recht nicht nur von einer nationalen, sondern auch von einer konservativen Revolution, von einer Revolution von Rechts gesprochen. Dabei hat das Bort konservativ eine neue Sinngebung ersahren. Es bedeutet Bindung des Einzelnen an die Gemeinschaft, an Bolk und Erde, Gott und Geist, keineswegs aber mehr nur Festhalten an den überlieserten Formen, die, soweit sie auf das liberalistische und individualistische 19. Jahrhundert zurückgehen, als wesensfremd betrachtet werden. Hier liegt auch der tiesere Zussammenhang für die in der Öffentlichkeit oft bemerkte Sympathie des politischen Katholizismus, insbesondere seiner jüngeren Vertreter zu den Fronten-Bewegungen. Diese natürliche Gleichrichtung kann für das schweizerische Schicksal von weitstragendster Bedeutung werden. Beide Strömungen, der politische Katholizismus

und die nationale Bewegung, haben heute ihre große Chance. In Deutschland und Italien hat der politische Katholizismus versagt. Er blieb auf halbem Wege steden (Regierung Brünig) und zahlte diese Halbheit mit dem Untergang. In Osterreich hat ihn die gleiche Strömung zu Macht getragen. Und in der Schweiz? Die letten 450 Jahre Schweizergeschichte lehren uns deutlich, daß diese beiben Fälle, der deutscheitalienische, wie der österreichische, für uns nicht in Betracht tommen können. Die Schweiz ertrüge eine ausgesprochene Borherrschaft des Ratholizismus sowenig wie seine Unterdrudung. Die beiden Strömungen in der Erneuerungsbewegung, die jüngere katholische Generation und ben Fronten, werden sich notwendigerweise finden und erganzen muffen. Dann könnte ganz Großes geschehen. Die Spaltung der Reformation, die auch im Bundesstaate von 1848 noch eine gewaltige Rolle spielte, könnte, wenn auch nicht im konfessionellen Bereiche, so doch im politischen, überwunden werden. Gine alte Schuld wäre gesühnt. Die Schweiz würde nicht nur an innerer Einheit, sondern auch an äußerer Hand= lungsfähigkeit gewinnen. Voraussetzung für eine folche Einigung wäre wohl die Aufgabe einer vorzüglich konfessionellen politischen Zielsetzung (Altramontanismus) auf der einen und die Gewährung der vollen Gleichberechtigung an die Gidgenoffen fatholischer Konfession (Beseitigung der konfessionellen Bundesverfassungsartikel) auf der andern Seite. Diese Bedingungen, die unter der liberalen Berrschaft schlechterdings unerfüllbar waren, sind es im Berhältnis der Frontenbewegung zum politischen Katholizismus wohl nicht mehr. Die korporative Ordnung, die beiderjeits angestrebt wird, gewährleistet Staat und Kirche ihren gesonderten Geltungsbereich und macht politische Rampforganisationen im Dienste der Rirchen, sei es nun die fatholische ober die reformierte, überfluffig. Die Ausscheidung der Stände und ihrer Rompetenzen verbürgt nicht nur die Reinigung des politischen Bereiches von wirtschaftlichen, sondern auch von konfessionellen Kämpfen. Hier bieten sich der innerpolitischen Entwicklung ganz neue Möglichkeiten. Wird man sie erfassen? Bürich, den 14. November 1933.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Der Zerfall des Völkerbunds. — Das deutsche Angebot. — N.S.A. und U.d.S.S.R. finden sich.

In der abgelaufenen Berichtsperiode standen drei Ereignisse im Mittel= punkt des politischen Interesses: ber Austritt Deutschlands aus dem Bölkerbund, gegenüber jein Verständigung sangebot Frankreich und die Aufnahme der diplomatischen Beziehun= gen zwischen Rußland und den Bereinigten Staaten von Amerika. Alle drei find von höchster Bedeutung. Sie bilden Marksteine im großen weltpolitischen Umschichtungsprozeß, der gegenwärtig im Gange ist und der die Menschen in Atem halt. Der Austritt Deutschlands aus dem Bölkerbund mit dem damit verbundenen Rudzug von der Abruftungskonferenz sowie das Berftandigungsangebot gegenüber Frankreich wirken unmittelbar auf den Gang der Geschicke in Europa ein, mährend die Annäherung zwischen U. S. A. und Rugland ben europäischen Kontinent vorläufig nicht direkt berührt, auf weite Sicht jedoch für Europa mindestens so bedeutsam sein dürfte wie die innereuropäischen Vorgänge. Es ift hier etwas im Gange, das die Weltgeschichte auf Jahrzehnte, wenn nicht auf Jahrhunderte hinaus entscheidend zu beeinflussen vermag.

Der Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und sein Austritt aus dem Bölkerbund wirkten wie ein Donnerschlag. Zwar wußte man, daß die nationalsozialistische Regierung der Genfer Institution keine Sympathien entgegenbrachte. Allein der radikale Bruch mit Genf kam für die meisten doch unerwartet.

Die Gründe, die Deutschland zu seinem Schritt bewogen, sind verschiedenartiger Natur. Zunächst ist es durchaus begreiflich, daß ein Bolk, das sich eben erst mit ungeheurer Rraftanstrengung zu neuer Einheit und innerer Geschlossenheit burchgerungen hatte, die Beteiligung am unwürdigen und heuchlerischen Spiel ber in der Abruftungskonferenz versammelten hochgerufteten Mächte nicht mehr mit seiner Ehre vereinbaren zu können glaubte. Sodann sollten durch die draftische Demonstration, welche der Austritt aus dem Bölferbund bedeutete, die Westmächte gezwungen werden, zu einer Politik ber Revision des Berfailler Bertrages Sand zu bieten, wobei es allerdings dahingestellt bleiben mag, ob hier bas richtige Mittel zum richtigen 3med angewendet wurde. Gine weitere Rolle dürfte die neu entstehende politische Ronstellation in Europa gespielt haben, die durch die Unnäherung zwischen Frankreich und Außland inauguriert wurde. Wir werden auf diesen Bunkt weiter unten zu sprechen kommen. Endlich waren auch innerpolitische Gründe für die Taktik Deutschlands maßgebend. Die durch ben Rückzug vom Bölferbund und von der Abruftungstonfereng auf die Spipe getriebene Sfolierung Deutschlands ließ sich wie kein anderer Borgang dazu benützen, die Zusammenschweißung und Einigung des Bolfes zu vollenden und zugleich die Politik ber Reichsregierung burch bas Bolt sanktionieren zu lassen. Wenn im Augenblick, in dem biese Beilen geschrieben werden, das beutsche Bolt sich in imposanter Geschloffenheit hinter seine Regierung stellt und wenn dadurch die Machtposition der Regierung im Innern eine nicht hoch genug einzuschätende moralische Untermauerung und Festigung erhält, so ist bies nicht zulest bem Zusammenspiel zwischen Außenund Innenpolitik zu verdanken. Es war in der Tat meisterhaft, wie die Außenpolitit in den Dienst der innerpolitischen Machtbefestigung gestellt murbe. Auf ber andern Seite tann tein Zweifel darüber bestehen, daß bas bis in alle Fafern zu einer Einheit gewordene und sich mit der Regierung vollkommen einig fühlende Bolf die Borbedingung für eine starte Außenpolitik eben dieser Regierung ift und eine folche geradezu erft ermöglicht. So burchbringen fich in ben jungften Ereignissen, in die Deutschland verflochten ift, die außenpolitische und die innerpolitische Linie zu einer untrennbaren Ginbeit.

Durch den Rückzug Deutschlands von der Abrüstung ston ferenz wurde diesem Gebilde, das nicht leben und nicht sterben kann, der Todesstoß versetzt, was nicht zu bedauern ist, da es ohnehin an seiner inneren Unwahrhaftigkeit zusgrunde gegangen wäre. Wenn der Gedanke der Abrüstung von den hauptbeteiligsten Mächten auß Neue aufgenommen wird — und er muß selbstverständlich wieder aufgenommen werden, wenn nicht Europa einem neuen, surchtbaren Krieg und damit dem Abgrunde zutreiben soll —, so muß es in einer entgisteten Atmosphäre geschehen, die nur dadurch zu Stande kommt, daß endlich auch die siegreichen Mächte des Weltkrieges die ihnen im Versailler Vertrag auferlegte Verpflichtung zur Abrüstung einhalten und unter die ganze unselige Nachkriegspolitik mit der chronischen Diskriminierung Deutschlands einen Strich ziehen. Bringen die Siegersstaaten auch heute dies noch nicht über sich, dann allerdings liegt die Zukunft Europas im Dunkel.

Deutschlands Austritt aus dem Bölkerbund hat diese Institution wieder ihrer eigentlichen Zweckbestimmung, nämlich der Garantie der durch die Berträge von 1919 geschaffenen politischen Zustände, zurückgegeben. Nachdem die Bereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland dem "weltumspannenden" Bölkerbund nicht angehören und nachdem Japan und Deutschland aus ihm ausge-

treten sind, ist er wieder ganz offen zu einer Bereinigung der im Weltkriege siegereichen Mächte geworden. Diese Tatsache darf sich die Schweiz als Mitglied des Bölkerbundes nicht verhehlen. Inwiesern zu gegebener Zeit aus ihr gewisse Folgerungen zu ziehen sind, mag zur Stunde dahingestellt bleiben. Eines jedoch steht sest: daß das Problem der schweizerischen Neutralität wieder mahnend vor uns auftaucht.

* *

Bom europäischen Standpunkt sehr viel bedeutsamer als der Rückzug Deutsch= lands von der Abrüftungskonferenz und vom Bölkerbund war das damit verbundene Berständigungsangebot Hitlers gegenüber Frankreich. Hier geschah etwas ganglich Reues in ber politischen Geschichte ber letten Sahrzehnte. Ohne endlose Borberatungen hinter geschlossenen Turen, ohne Berbalnoten, ohne Sondierung der Opportunität bes Schrittes beim Gegner und ohne vorherige Kestlegung der Aftion auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen streckte hier der verantwortliche Regierungschef eines Landes dem bisherigen Erbfeind gang einfach die Sand zur Berjöhnung bin. Die Gefte mochte alten Routiniers, wie fie bie frangofischen Staatsmänner vom Schlage Paul-Boncour's sind, primitiv vorkommen. Gerade in dieser Primitivität jedoch lag bas Erschütternde des beutschen Schrittes, dasjenige, bas zwar nicht die Diplomaten, mohl aber bas Bolf im Innersten beeindruckte. Immerhin gibt es in Frankreich, wie Sieburg in ber "Frankf. Beitung" ichreibt, heute ichon eine große Bahl von Gebildeten, die der Unficht sind, daß der Borschlag einer unmittelbaren Berständigung zwischen Deutschland und Frankreich insofern etwas Faszinierendes habe, als er mit einem Schlage die erstidende Routine ber bisherigen frangosischen Außenpolitit beseitige und durch eine frischere, gleichsam jugendlichere Methode ersete. Möchte doch biese Ansicht sich in Frankreich burchseben, damit die Sand des deutschen Ranglers nicht ins Leere greift!

Der Schritt Hitler's ist zweifellos in erster Linie im Hinblid auf Deutschland getan worden. Er entspringt aber gewiß auch einem tiefen Berantwortlichfeitsgefühl gegenüber bem übrigen Europa. Bon biesem Standpunkt aus betrachtet ist das beutsche Angebot an Frankreich die unmittelbare Rüdwirkung auf die Annäherung zwischen Frankreich und Rugland. Wir haben in der letten Rundichau diesem hochpolitischen Ereignis unsere Aufmertsamkeit geschenkt und dabei auf die Gefahr hingewiesen, die in Europa entsteht, wenn eine ähnliche Konstellation ber Mächte wie 1914 zustande täme. Der Schritt Deutschlands ift insofern ein Ereignis von hiftorischer Tragweite, als durch ihn Frankreich in dem Augenblid, mo es zur ewigen Darnieberhaltung feines beutschen Rivalen ben Bolichewismus in bas politifche Spftem Europaseinspannen und ihn gewissermaßen hoffähig machen will, vor die Frage gestellt wird, ob es nicht in letter Stunde von diesem für Europa unerhört gefährlichen Borhaben Abstand nehmen und in die von Deutschland bargebotene hand ber Berständigung einzuschlagen gewillt ist. Bon ber Antwort Frankreichs an Deutschland hängt nichts Geringeres als das Schickfal Europas ab. Beift Frankreich die bargebotene Sand gurud, fo kommt es allseitig zu einem neuen Wettruften, zu einem Rrieg auf Leben und Tod (in bem Deutschland abermals der übermacht seiner Feinde erliegen mußte) und baraufbin zwangsläufig zu einem bolichemistischen Chaos in Deutschland. Ift basselbe aber einmal eingetreten, so ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß der Feuerbrand nicht allein auf Deutschland beschränkt bliebe, sondern in Europa so lange um sich fressen würde, bis überall das Unterste zu oberft gekehrt ware. Wenn aber

am Ende dieses Prozesses die rote Fahne der proletarischen Diktatur auf dem europäischen Trümmerseld hochgezogen würde, so wäre Europa zu einer bedeutungslosen, ausgemergelten und ausgesaugten Provinz des asiatisch-bolschewistischen Welt-reichs herabaesunken.

Der Schritt Deutschlands bedeutet demnach einen Markstein in der Entwicklung der europäischen Politik. Allein er bedeutet mehr als nur das: er besteutet eine Mahnung von größter Eindrücklichkeit an alle diejenigen, die aus Angst, Blindheit oder egoistischem Interesse eine Politik versolgen, welche Europa unrettbar ins Verderben sühren muß. Das Verständigungsangebot Deutschlandsschließt die eindringliche Aufsorderung an Frankreich in sich, zu einer Revision des unhaltbar gewordenen Versatler Diktates, in dessen Ivon Bwangsjacke Deutschland ersticken muß, Hand zu bieten. Möge Frankreich, das heute einen wesentlichen Teil des europäischen Schicksals in seiner Hand hält, den Ernst der Stunde erkennen und seine wahrhaft europäischen Träger es sich selbst zu allen Zeiten bezeichnete!

* *

Die Dinge, die sich auf dem europäischen Kontinent abspielen, dürfen nicht dazu führen, ein Ereignis zu übersehen, das in der Ferne vor sich geht: Die Aufenahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Berseinigten Staaten von Amerika und Rußland. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die offizielle Anerkennung der Sowjetunion durch Amemerika vollzogen sein.

Die Vorbereitungen zu dieser Verständigung wurden schon seit Jahren getroffen. Schon lange Zeit bestanden Beziehungen zwischen der amerikanischen Holfinanz und den bolschewistischen Machtshabern. Allein die offizielle Anerkennung der Sowjetunion ließ immer noch auf sich warten. Nun hat die amerikanische Wirtschaftskrise und die immer gespanneter werdende Lage im Fernen Osten die Entwicklung beschleunigt und den Präsidenten Roosevelt veranlaßt, russische Unterhändler nach Washington kommen zu lassen.

Der Feind und Rivale sowohl der Vereinigten Staaten als auch Rußlands im Fernen Osten ist Japan. Die amerikanisch-russische Verständigung richtet sich unmittelbar gegen diese gewaltig aufstrebende, zielbewußte Expansionspolitik treisbende Macht. Der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika wird früher oder später der Abschluß eines militärischen Rückversicherungsvertrages der beiden Staaten folgen. Beide fühlen sich von der japanischen Großmacht besorbt. Vorläusig allerdings werden die wirtschaftlichen Vordergrund des Interesses stehen. Amerika, dessen Wirtschaftskrise immer bedrohlichere Ausmaße annimmt, hofft auf Abnahme seiner Industrieerzeugnisse, Rußland auf Aredite. Allein die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen konnen den politischen Kintergrund der Verständigung, der die Frontbildung gegen Japan ist, nicht versbecken.

Die Frage der Rückwirkung auf Europa taucht auf. Zunächst wäre daran zu denken, daß das Interesse Sowjetrußlands sich immer mehr auf den Fernen Osten konzentriert. Allein auch die gegenteilige Entwicklung ist möglich: daß nämlich durch die wirtschaftliche Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten eine Konsolidierung Rußlands im Innern erfolgt, daß der Zustand im Fernen Osten stationär bleibt und Rußland sich infolgedessen erneut dem Westen, d. h. Europa zuwendet. Die Entwicklung würde durch den weiteren Ausbau der französisch-russischen Beziehungen gesördert werden. Wir haben bereits weiter oben von den damit für Europa verbundenen Gesahren gesprochen.

Wichtig ist ferner das Berhalten Großbritanniens. Die wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und Amerika müßte den englischen Handel empsindlich stören. Außerdem hat England wegen seiner asiatischen Besitzungen kein Interesse an einem inneren Aufschwung Rußlands, der durch die Mithilse Amerikas gefördert würde. Sollte sich jedoch England offen auf die Seite Japans stellen, so würde dies Rückwirkungen auf Australien haben, das sich von Japan bedroht fühlt. Auf jeden Fall wird das Interesse Englands durch die amerikanischerusssische Verständigung neuerdings von Europa abgelenkt werden, sodaß in Zukunst noch viel weniger, als dies bereits heute der Fall ist, mit England als einem aussgleichenden Faktor in der europäischen Politik gerechnet werden kann.

Endlich darf eine Folge der amerikanisch-russischen Verständigung nicht übersiehen werden (und dies ist die schicksallsschwerfte für Europa): daß nämlich durch das Zusammengehen zwischen Moskau und Washington im sernen Osten eine wirtschaftliche Machtsphäre entstehen wird, aus der über kurz oder lang der europäische Konskurrent restlos vertrieben sein dürste. Wie weit sich die amerikanisch-russische Einflußsphäre ausdehnen wird und in welchem Maße dabei europäische Absamärkte verloren gehen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Test sechstlich, daß die Verständigung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten Europa wirtschaftlich mit schwerster Besorgniss erfüllen muß. Dies allein sollte genügen, um diesenigen europäischen Mächte, auf deren Schultern die Verantwortung für unsern Kontinent gelegt ist, noch rechtzeitig zur Besinnung zu bringen.

Schaffhausen, den 12. November 1933.

Rolf Benne.

Nachschrift. Mit großartiger Ginmütigkeit hat sich das deutsche Bolk am 12. November hinter seine Regierung gestellt. Durch die Abstimmung wurden ein für alle Mal jene Steptifer Lügen gestraft, die behaupteten, daß das nationalsozialistische Regime die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit des Bolkes bedeute. In rund acht Monaten gelang es den deutschen Machthabern, bas gange Bolt geschloffen hinter sich zu bringen, mas ein in der Geschichte einzigartiger Borgang ist. Praktisch gesehen bedeutet der Ausgang des deutschen Plebiszits das Ende des Berfailler Bertrages, denn gegen den nach 15= jähriger Unterbrechung zum ersten Mal wieder tompatt auftretenden Block des beutschen Bolfes wird ber Buchftabe von Berfailles nichts mehr ausrichten fonnen, es sei denn, daß Frankreich ihm mit Waffengewalt Nachachtung verschaffen wollte, was wir jedoch für unwahrscheinlich halten. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als das internationale Gespräch wieder aufzunehmen. Allerdings dürfte dies nicht auf bem Genfer Parkett geschehen, das durch ben möglichen Austritt Italiens aus bem Bölferbund neuerdings an Bedeutung einbugen wird. Das Gine jedenfalls steht heute fest: daß der deutschen Bolksabstimmung eine weitreichende inter= nationale Bebeutung gutommt. In verschiedenen Ländern, deren Syftempresse zum 12. November eine hemmungslose Propaganda gegen Deutschland betrieb, beutet fich ein Stimmung sum ich wung an. Möge berfelbe überall mit derart elementarer Bucht zum Durchbruch kommen, daß unter seinem Ginfluß ber Weltfrieg endgültig liquidiert und ein neues Rapitel gesamteuropäischer Politit in Angriff genommen werden tann!